«Putin glaubt alles, was er sagt»

Neue Weltordnung Osteuropa-Experte Ivan Krastev hat den russischen Präsidenten persönlich getroffen. Wenn er nicht gerade Altherren-Witze erst recht, weil es militärisch schlecht laufe. Den einzigen Ausweg aus dem Krieg sieht er in einem Friedensabkommen.

Christof Münger
und **Simon Widmer**

Herr Krastev, was erwarten Sie in der Ukraine? Wird Wladimir Putin das ganze Land besetzen?
Das wird nicht einfach für ihn. CIA-Direktor William Burns sagte kürzlich vor dem US-Kongress, dass die russische Führung geplant habe, Kiew in zwei Tagen zu erobern. Das Ganze war als Spezialoperation geplant, nicht als Krieg. Fallschirmjäger hätten den ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenski festnehmen sollen.

Das hat nicht geklappt.
Deshalb kam es zur Eskalation. Wladimir Putin kann die Ukraine nicht besetzen. Wir sprechen hier von einem Land, das doppelt so gross ist wie Deutschland. Es gelingt der russischen Armee ja nicht einmal, die russisch geprägte Ostukraine zu kontrollieren. Selbst dort ist die Bevölkerung viel feindlicher eingestellt als erwartet. Das war eine der grössten Fehleinschätzungen von Putin. Im Westen des Landes wäre der Widerstand noch stärker. Zudem ist das Land zerstört, was es noch schwieriger macht, es zu besetzen. Es muss jetzt ein Friedensabkommen geben.

«In Putins Verständnis von Geschichte geschieht nichts zufällig.»

Wie könnte ein solches Abkommen aussehen?
Die russische Regierung spricht nicht mehr von der «Entnazifizierung der Ukraine». Das war ein Codewort für einen Regimewechsel. Sie realisiert, dass sie mit Selenski verhandeln muss. Die russische Armee macht derzeit nicht die erwarteten Fortschritte. Deshalb wird die Kriegsführung der Russen noch brutaler, wie der Angriff auf ein Kinderspital in Mariupol gezeigt hat. Damit wollen sie die Ukraine zu Verhandlungen zwingen.

Aber worüber soll verhandelt werden?
Die russische Seite stellt drei Bedingungen: die Anerkennung der Krim als russisch. Das ist sehr schwierig für Selenski. Zweitens soll die Ukraine ihre Neutralität in der Verfassung verankern, damit sie nicht der Nato beitreten kann. Das ist kein Problem, allerdings braucht es eine Mehrheit im Parlament, um die Verfassung zu ändern. Um diese Mehrheit zu bekommen, wird Selenski dafür kämpfen, dass die Ukraine wenigstens der EU beitreten kann. Drittens will Putin die abtrünnigen Provinzen im Donbass. Das ist lösbar, hängt aber von der genauen Grenzziehung ab. Die Ukraine könnte die sogenannte Kontaktlinie von vor dem Krieg akzeptieren, aber mehr Land will Kiew nicht abtreten. Damit wären alle wieder dort, wo sie vor dem Krieg waren. Mit dem Unterschied, dass die Ukraine künftig offen antirussisch ist.

Ein Desaster für Präsident Putin.
Ein Desaster für alle. Die Infrastruktur der Ukraine ist zerstört, und das war bereits ein armes Land. Ebenso zerstört ist das Verhältnis zwischen der russischen und der ukrainischen Bevölkerung. Und das für mindestens eine Generation. Putins Plan, das historische Russland wiederherzustellen, ist gescheitert.

Zumindest hat Selenski nun eine Flexibilität signalisiert, die wir zuvor nicht gesehen haben.
Für ihn war sehr wichtig, zuerst die Stärke der Ukrainer zu demonstrieren, um nicht von einer Position der Schwäche aus verhandeln zu müssen. Jetzt, da die russische Offensive stockt, ist er in einer guten Position. Ausserdem stärkt ihn die Unterstützung der Weltöffentlichkeit. Aber natürlich wird auch die ukrainische Seite Konzessionen machen müssen.

Für die Verhandlungen ist also das Timing entscheidend.
Ja, deshalb ist sehr wichtig, was in den nächsten ein, zwei Wochen passiert. Das Problem für Russland ist, dass Moskau wegen der Sanktionen nicht in erster Linie mit US-Präsident Biden verhandeln muss, sondern mit dem Kongress, und da dominieren inzwischen klar die Falken. Der US-Kongress geht davon aus, dass man Putin nicht mehr ändern kann. Das Einzige, was man tun könne, so die Sicht des amerikanischen Parlaments, sei es, seine Gewaltmittel zu zerstören. Das Ziel der Sanktionen ist, Russland so stark wie möglich zu schwächen.

Sie schrieben kürzlich in der «New York Times», dass wir nun «alle in Wladimir Putins Welt leben».
Das ist so. Wir haben in einer Welt gelebt, in der ein grosser Krieg in Europa nicht mehr für möglich gehalten wurde, wir lebten in einer Nachkriegszeit. Nun leben wir plötzlich wieder in einer Vorkriegszeit. Vor allem in Polen, Rumänien und den baltischen Staaten ist dieses Gefühl stark. Dort fragt man sich, ob Putin nun genug hat oder ob er als Nächstes einen Nato-Staat ins Visier nimmt. Das muss nicht mal unbedingt eine Militärintervention sein, sondern kann sich um einen Cyberangriff oder einen Wirtschaftskrieg handeln. 2014 schon hatte die Regierung Obama den Eindruck, dass Putin in einer anderen Welt lebe. In dieser konfrontativen Welt leben nun auch wir.

EU und Nato haben bei den Sanktionen zusammen agiert. Wird diese Einigkeit bestehen bleiben?
Das wird nicht einfach sein. Diese Einigkeit ist entstanden, weil die öffentliche Meinung komplett gedreht hat. Es ist möglich, dass die Menschen in ein paar Monaten sagen: «Oh, wir leiden auch, sollten wir nicht die Sanktionen lockern?» Auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise 2015 gab es eine ähnliche Dynamik. Die ersten drei, vier Wochen hörte man nur die Menschen, die für offene Grenzen waren. Später merkte man dann plötzlich, dass es auch Leute gab, die weniger enthusiastisch waren.

Die öffentliche Meinung ist volatil.
Zumindest in manchen Punkten. Was sich nicht verändern wird, ist das Ansehen von Wladimir Putin und Russland. Viele Russen im Ausland werden sehen, dass sie behandelt werden wie die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg. Und solange Putin an der Macht ist, kann ich mir auch nicht vorstellen, dass sich die Nato nicht für alle Fälle vorbereitet. Nehmen Sie das Beispiel Polen. Da denkt man jetzt nicht mehr, Brüssel, wo EU und Nato ihren Sitz haben, sei die Bedrohung der eigenen Sicherheit. Sondern deren Garantie.

«Die Kriegsführung der Russen wird noch brutaler», sagt Ivan Krastev. Eine schwangere Frau wird aus dem Spital in Mariupol evakuiert, das von der

Der Putin-Erklärer

Foto: Franziska Rothenbühler

Der Politikwissenschaftler Ivan Krastev (57) ist einer der führenden Intellektuellen in Europafragen. Er leitet das Zentrum für liberale Strategien in Sofia und forscht am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien. Einem breiteren Publikum wurde der Bulgare vor allem durch seine Bücher «Europadämmerung» und «Das Licht, das erlosch» bekannt. Das Gespräch fand an der Universität Zürich statt, wo Krastev auf Einladung des Schweizerischen Instituts für Auslandforschung einen Vortrag hielt. *(sw)*

Polen und auch Ungarn nehmen Hunderttausende Flüchtlinge auf. Wie wird das diese Länder verändern?
Wir beobachten eine grosse Solidarität. Die gab es bei der letzten Flüchtlingskrise nicht, weil die Menschen den Krieg in Syrien nicht als «ihren» Krieg angesehen haben. Einige Länder in Osteuropa werden auch wirtschaftlich profitieren, Osteuropa ist demografisch die am stärksten schrumpfende Region der Welt. In Bulgarien sind wir sehr glücklich, 200'000 Ukrainerinnen und Ukrainer zu haben. Sicher wird es auch Menschen geben, die Flüchtlinge ablehnen werden. Aber das ist nicht vergleichbar mit 2015, denn kulturell sind diese Menschen sehr nahe, auch die Sprache ist sehr ähnlich.

Derweil werden im Westen die Verteidigungsbudgets erhöht. Auch in der Schweiz wollen Politiker mehr Geld fürs Militär ausgeben. Ist das sinnvoll?
Lange glaubte man in Europa, militärische Macht spiele keine Rolle mehr. Aber sie ist wichtig, nicht nur wegen Präsident Putin, sondern auch, weil wir nicht wissen, wer der nächste US-Präsident sein wird. Stellen Sie sich vor, Donald Trump wäre jetzt im Weissen Haus! Als deutscher Kanzler bleibt einem nichts anderes übrig, als in die militärischen Fähigkeiten zu investieren, vor allem in Kooperation mit Frankreich und den anderen EU-Staaten. Lange glaubte man, dass die Gefahr eines Kriegs schwindet, wenn man via Handel miteinander verbunden ist.

So wie mit der Gaspipeline Nord Stream 2.
Ja, aber das funktioniert nur, wenn beide Seiten glauben, dass sie langfristig profitieren. Wenn eine Seite keinen Vorteil mehr sieht, dann beeinträchtigt die gegenseitige ökonomische Abhängigkeit nicht nur die Sicherheit. Sie erhöht vielmehr das Risiko eines Kriegs. Nord Stream 2 wur-

erzähle, müsse man all seine Drohungen ernst nehmen –

russischen Armee bombardiert wurde. Foto: Evgeniy Maloletka (AP)

de als Sicherheitsprojekt gegründet. Es endete damit, dass wir vom russischen Gas abhängig und deshalb verletzbar wurden. Aber die Sanktionen haben noch eine andere Wirkung.

Nämlich?
Putin liess sich durch deren Androhung nicht vom Krieg abhalten. Zwar konnte der Westen die Ukraine nicht retten, aber wahrscheinlich Taiwan. China weiss jetzt, wie hoch der wirtschaftliche Preis ist, wenn man einen Krieg startet in einer Welt, die finanziell immer noch von den USA und Europa dominiert wird.

Wie hart treffen die Sanktionen Russland?
Gemäss dem Ökonomen Sergei Guriev führen die Sanktionen zu einem Einbruch des russischen Bruttosozialprodukts von 7 bis 9 Prozent. Schon unter der Pandemie hat Russland stark gelitten, aber der Effekt der Sanktionen ist etwa doppelt so hoch. Aber natürlich treffen die Sanktionen nicht alle Russinnen und Russen gleich stark.

Wer wird am meisten leiden?
Die urbane Mittelklasse in Städten wie Moskau und St. Petersburg, aber auch in Sotschi oder Jekaterinburg. Menschen, die in westlichen Geschäften einkaufen gingen, etwa in der Ikea. Jetzt funktionieren ihre Kreditkarten nicht mehr. Die Produkte, die sie gekauft haben, sind nicht mehr in den Läden. Die Geschäfte, in denen sie shoppen gingen, sind nicht mehr da. Früher unterstützte auch nicht die ganze Mittelklasse Putin. Aber jetzt stellen sich die Leute die Frage: «Weiss Putin noch, was er tut?» Und das ist eine wichtige Frage. Denn die russische Bevölkerung war von diesem Krieg noch stärker überrascht als wir.

Könnte sich die Mittelklasse gegen Putin erheben?
Das ist nicht einfach. Die Repression ist viel strenger geworden. Schon die Proteste, die wir zuletzt in Russland gesehen haben, erscheinen mir unglaublich. Diese Menschen riskieren 15 Jahre Haft. Wie viele von uns würden unter diesen Bedingungen protestieren?

Sie haben Putin persönlich getroffen. Welchen Eindruck hatten Sie von ihm?
Ich war zweimal an einem Abendessen mit ihm, da waren aber auch andere Leute dabei. Er wird sich kaum an mich erinnern, ich möchte mich da nicht aufspielen. (lacht) Er ist eine starke, intelligente, gut informierte Person, er hat auch einen Sinn für alten, osteuropäischen Humor. Die Art von Witzen, die Sie jungen Menschen nicht mehr erzählen können. Doch auch sein Groll ist unendlich gross. Wenn er einen Punkt hat, geht er so weit, dass sein Argument jede Legitimität verliert.

Zum Beispiel?
Er kritisierte die Nato-Osterweiterung, was legitim ist. Aber damit den Ukraine-Krieg zu begründen, ist komplett inakzeptabel. Der Vertrag von Versailles nach dem Ersten Weltkrieg war gegenüber Deutschland auch unfair. Aber das gab doch dem Nazi-Regime nicht das Recht, Europa zu besetzen. Putin verliert hier sämtliche Verhältnismässigkeit. Er ist besessen von dem, was er als Heuchelei des Westens empfindet. Und er sagt das im Gespräch direkt.

Meint er das auch so?
Wir denken immer, Putin sei ein Zyniker. Als er 2011 sagte, es sei die US-Botschaft gewesen, die Russen dazu angestiftet habe, gegen ihn zu protestieren, dachte ich zunächst auch, er wisse selber, dass er kompletten Bullshit erzählt. Nachdem ich ihn getroffen habe, weiss ich: Er glaubt alles, was er sagt. Man muss ihn deshalb beim Wort nehmen. In seinem Verständnis von Geschichte geschieht nichts zufällig. Wenn er Demonstrierende sieht, fragt er sich nicht: «Wieso sind sie da?» Seine Frage ist: «Wer hat sie geschickt?» Und dann ist er auch sehr empfindlich.

Zum Beispiel?
Er glaubt, dass der amerikanische Präsident Barack Obama Frauen für das Russland-Dossier nominiert hat, um ihn zu demütigen. Susan Rice war Sicherheitsberaterin im Weissen Haus, Victoria Nuland war im Aussenministerium.

Das klingt jetzt komplett irr.
Ja, aber er glaubt das wirklich. Wir sprechen hier nicht von einem Verrückten, bei dem niemand versteht, wovon er spricht. Aber wenn Sie eine normale Konversation mit ihm führen, zieht er plötzlich Schlüsse, die aus dem Nichts kommen.

Hat er sich deshalb im Ukraine-Krieg dermassen verkalkuliert?
Die ehemalige US-Sicherheitsberaterin Fiona Hill hat geschrieben, dass Putin nach der Krim-Invasion 2014 ein anderer Mensch geworden sei. In Russland wurde er dafür gefeiert. Es war für ihn ein Höhepunkt. Und es ist nur natürlich, dass man die Höhepunkte im Leben wiederholen möchte. Er dachte, der Krieg in der Ukraine sei sozusagen eine grössere Version der Krim-Invasion. Und das war ein tragischer Fehler.

Gibt es trotz allem etwas, das Sie optimistisch stimmt?
Wir stehen am Übergang in eine neue Welt, und jetzt herrscht Klarheit. Wir hatten falsche Vorstellungen von Russland, das ist jetzt vorbei. In Europa herrscht jetzt eine Einigkeit. Nicht zwischen den Regierungen, sondern zwischen den Menschen. Überall demonstrierten die Menschen gegen diesen Krieg. Und es gibt viele Dinge, von denen wir zwar sagten, wir würden sie verändern. Aber wir handelten nicht, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Jetzt ist klar, dass wir sie fördern müssen, um unabhängig zu werden vom russischen Öl. Wir haben keine andere Wahl.

Lawrow macht einen neuen ungeheuerlichen Vorwurf

Treffen der Aussenminister Die Verhandlungen in der Türkei sind gescheitert.

Die Erwartungen waren hoch, die Ergebnisse sind mehr als enttäuschend. Beim ersten Treffen der Aussenminister Russlands und der Ukraine trennten sich die Chefdiplomaten der verfeindeten Staaten, ohne dass auch nur eine kleine Hoffnung auf ein Ende des Kriegs aufschien. Im Gegenteil, der Russe Sergei Lawrow und der Ukrainer Dmytro Kuleba konnten sich nicht einmal darauf einigen, es Zivilisten in den Kampfgebieten mithilfe einer 24-stündigen Waffenruhe zu erlauben, sich in Sicherheit zu bringen, oder wenigstens Fluchtkorridore aus der von der russischen Armee belagerten Stadt Mariupol am Schwarzen Meer einzurichten. Moskau brachte sogar neue absolut unerhörte Vorwürfe gegen Kiew und seine Verbündeten ins Spiel.

Lawrow und Kuleba trafen sich im türkischen Urlaubsort Antalya. Dort findet einmal jährlich ein internationales Diplomatieforum statt. Die beiden Minister kamen auf Einladung des türkischen Aussenministers Mevlüt Cavusoglu zusammen. Der türkische Diplomat hatte den Part des Schlichters übernommen. Das Gespräch war die erste Begegnung auf hoher Regierungsebene seit dem russischen Angriff, und es dauerte nur eineinhalb Stunden. Kuleba sagte, Lawrows Aussagen klängen wie eine Kapitulationsaufforderung. Dies sei inakzeptabel. «Die Ukraine hat sich nicht ergeben, ergibt sich nicht und wird sich nicht ergeben!» Lawrow habe lediglich die «traditionelle russische Darstellung» wiederholt. Er habe nicht einmal Fluchtkorridore für die Zivilisten zusagen wollen: «Es scheint, als würden diese Entscheidungen von anderen in Russland getroffen.»

Lawrows Sicht der Dinge

Der russische Aussenminister wiederum bestritt, dass sein Land überhaupt der Angreifer in diesem Konflikt sei: «Wir haben die Ukraine nicht überfallen.» Vielmehr sei Russland durch die Ukraine militärisch gefährdet gewesen. Deshalb sei die «Spezialoperation» überhaupt notwendig geworden. Sie verlaufe planmässig, sagte der Minister trotz aller offensichtlichen, für den Kreml entlarvenden Schwierigkeiten der russischen Armee. Denn die kann kaum Erfolge vorweisen und hat sich nun auf die Belagerung und Zerstörung von Städten verlegt.

Lawrow kritisierte die westlichen Waffenlieferungen an die Ukraine. Moskau mache sich «keine Illusionen über den Westen», sagte er. «Wir sehen, wie gefährlich unsere westlichen Kollegen jetzt handeln.» Dann erhob er einen Vorwurf, ohne ihn allerdings zu belegen: Kiew habe mit US-Hilfe versucht, chemische und biologische Waffen zu entwickeln. Die USA hätten in der Ukraine heimlich Labore betrieben. Von Reportern auf die fehlenden Belege angesprochen, sagte der Minister nur: «Das ist nicht verwunderlich.» Es gehe schliesslich um ein geheimes Waffenprogramm.

Zu weiterem Treffen bereit

Lediglich der türkische Aussenminister verbreitete nach dem Treffen verhaltenen Optimismus. «Niemand hat erwartet, dass durch dieses Treffen alle Probleme gelöst werden, aber es musste ein Anfang gemacht werden», sagte Cavusoglu. Zumindest sei niemand laut geworden. Dass die Stimmung eisig werden würde, dürfte ihm schon vor Beginn klar gewesen sein. Kuleba hatte angekündigt, er werde Lawrow als einen der «Mitorganisatoren des Angriffskriegs» gegen sein Land begrüssen.

> **«Die Ukraine hat sich nicht ergeben und wird sich nicht ergeben!»**
>
> **Dmytro Kuleba**
> Aussenminister der Ukraine

Nach der Begegnung zeigten sich beide Minister allerdings bereit zu einem weiteren Treffen. «Kontakte müssen aber einen Mehrwert bringen», schränkte der Russe ein. Wladimir Putin sei möglicherweise zu einer Begegnung mit Wolodimir Selenski bereit. Dazu bedürfe es aber «der Vorarbeit». Der Ukrainer Kuleba sagte, bei Begegnungen müsse es «Aussicht auf substanzielle Diskussionen und auf eine ernsthafte Suche nach Lösungen» geben.

Die Ausgangslage bleibt damit festgefahren. Als Bedingung für ein Ende der Invasion fordert der Kreml, dass die Ukraine sich für neutral erklärt. Das Land müsse in der Verfassung einen Beitritt zur Nato oder zur EU ausschliessen. Zudem müsse es die 2014 von Moskau völkerrechtswidrig annektierte Krim als russisches Staatsgebiet sowie die ostukrainischen Separatistengebiete Donezk und Luhansk als unabhängige «Volksrepubliken» anerkennen. Kiew lehnt dies ab.

Tomas Avenarius, Istanbul, und **Daniel Brössler**

Sergei Lawrow (l.) und Dmytro Kuleba (r.) in Antalya. Der türkische Aussenminister Mevlüt Cavusoglu diente als Schlichter. Foto: Keystone